

**V-41** #StandwithHK – Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Hongkong unterstützen

Antragsteller\*in: Margarete Bause (KV München)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

1 China erlebt in Hongkong momentan die größten Massendemonstrationen seit der  
2 gewaltsamen  
3 Niederschlagung der Demokratiebewegung am Tian'anmen Platz im Jahre 1989. Die im  
4 Juni  
5 gestarteten Proteste mobilisieren Millionen. Zeitweise beteiligte sich mehr als ein  
6 Viertel  
7 der Bevölkerung daran. Auslöser war der Widerstand gegen das umstrittene  
8 Auslieferungsgesetz. Kritiker\*innen sehen in der Gesetzesvorlage einen massiven  
9 Angriff auf  
10 die gesetzlich verbrieft Autonomie Hongkongs, auf Rechtsstaatlichkeit und  
11 Menschenrechte und  
12 als Zeichen der wachsenden Einflussnahme Pekings in der Sonderverwaltungszone.  
13 Trotz der  
14 Erklärung der Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam im Juni, die Gesetzesentwürfe  
15 auf Eis  
16 zu legen und der im September folgenden Ankündigung diese formell zurückzuziehen,  
17 halten die  
18 Proteste an. Neben der formellen Rücknahme der beiden Gesetzesänderungsentwürfe  
19 stehen  
20 mittlerweile umfassende politische Reformen im Fokus der Demonstrationen. Diese  
21 beinhalten  
22 insbesondere die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts sowie die unabhängige  
23 Aufarbeitung  
24 der Polizeigewalt.  
25  
26 Die Hongkonger Polizei nutzt die Gewalttaten einer kleinen Anzahl von  
27 Demonstrierenden als  
28 Vorwand, um mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen mehrheitlich friedlich  
Demonstrierende  
vorzugehen. Auch militante prochinesische Schlägertrupps konnten gegen Unbeteiligte  
vorgehen  
ohne von der Polizei daran gehindert zu werden. Mehrere tausend Menschen wurden  
im Rahmen  
der Proteste festgenommen, zahlreiche weitere wurden schwer verletzt und zum Teil  
dauerhaft  
geschädigt. Demonstrantinnen berichteten von sexueller Belästigung und  
systematischen  
sexuellen Übergriffen durch staatliche Sicherheitsakteure. Neun Menschen nahmen  
sich aus  
Verzweiflung über die Entwicklungen das Leben.  
Trotz zunehmend massiver Repressionen und umfassender Versammlungsverbote  
durch die  
Hongkonger Behörden sowie militärischer Machtdemonstrationen vonseiten Pekings  
lässt sich  
die Demokratiebewegung in Hongkong nicht einschüchtern. Damit verteidigen sie die  
Grundwerte, die auch unsere Gesellschaft tragen: Freiheit, Demokratie,  
Rechtsstaatlichkeit  
und die Achtung der Menschenrechte.

29

30 Zeitgleich versucht die chinesische Staatsführung auch die Meinungs- und  
31 Versammlungsfreiheit in Deutschland einzuschränken. Anfragen der grünen  
Bundestagsfraktion

32 belegen die Einschüchterungsversuche und das ungenierte Wirken von Spitzeln der  
chinesischen

33 Volksrepublik in Deutschland, das sich insbesondere gegen Unterstützer\*innen der  
Hongkonger

34 Demokratiebewegung richtet.

35

36 Mit Blick auf die friedliche Revolution in Deutschland kommt uns hier eine besondere  
37 Verantwortung zu, die Demokratiebewegung in Hongkong zu unterstützen. Denn auch  
als die

38 Bürger\*innen der DDR vor dreißig Jahren gegen die SED-Diktatur auf die Straße  
gingen, schien

39 ihr Freiheitskampf chancenlos. Zu allmächtig war das autoritäre Regime, zu präsent  
die

40 Bilder des Tian'anmen Massakers vom 04. Juni 1989. Dass sie ihre Stimme trotzdem  
für

41 Freiheit und Demokratie erhoben, kann man ihnen nicht hoch genug anrechnen. Ihr  
42 Freiheitskampf veränderte nicht nur die Welt wie wir sie heute kennen - er zeigte auch,  
wie

43 erfolgreich David gegen Goliath sein kann.

44

45 Daher solidarisiert sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den friedlich demonstrierenden  
46 Hongkonger\*innen und fordert:

- 47 • die Bundesregierung dazu auf, sich mit den friedlichen Demonstranten und  
48 Demonstrantinnen in der Sonderverwaltungszone Hongkong in ihrem Einsatz für  
49 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte solidarisch zu erklären und  
die  
50 friedliche Demokratiebewegung in Hongkong im Rahmen der ihr zur Verfügung  
stehenden  
51 Möglichkeiten zu unterstützen;
- 52 • die Bundesregierung dazu auf, die Behörden in Hongkong und der Volksrepublik  
China  
53 aufzufordern, den Schutz der Menschenrechte und die im Hongkonger  
Grundgesetz (Basic  
54 Law) für alle Bürgerinnen und Bürger verankerten Freiheiten zu gewährleisten;
- 55 • alle Landesregierungen, die Bundesregierung sowie die EU-Kommission dazu auf,  
in  
56 Gesprächen und Verhandlungen mit der chinesischen Staatsregierung stets auf  
die  
57 Achtung des völkerrechtlich verbindlichen Hongkonger Grundgesetzes (Basic  
Law) und  
58 insbesondere des Grundsatzes „Ein Land - Zwei Systeme“ hinzuweisen;
- 59 • die Bundesregierung dazu auf, an die Regierung der Sonderverwaltungszone  
Hongkong zu  
60 appellieren ihre nationalen wie internationalen menschenrechtlichen

## Verpflichtungen

- 61 einzuhalten, insbesondere die im Hongkonger Grundgesetz (Basic Law)  
62 garantierten Rede-  
63 , Presse- und Publikationsfreiheit sowie Vereinigungs-, Versammlungs- und  
64 Demonstrationsfreiheit, als auch den Internationalen Pakt über bürgerliche und  
politische Rechte;
- 65 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der  
Sonderverwaltungszone  
66 Hongkong darauf hinzuwirken, dass sichergestellt ist, dass Rechtsvorschriften  
und -  
67 auslegungen auch künftig mit ihren internationalen  
Menschenrechtsverpflichtungen  
68 vollständig im Einklang stehen, darunter mit den Bestimmungen des  
Internationalen  
69 Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des Übereinkommens der  
Vereinten  
70 Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende  
Behandlung  
71 oder Strafe;
  - 72 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der  
Sonderverwaltungszone  
73 Hongkong darauf hinzuwirken die angekündigte formelle Rücknahme des  
Gesetzes über  
74 flüchtige Straftäter und Rechtshilfe in Strafsachen aus dem Jahr 2019 umgehend  
75 umzusetzen;
  - 76 • die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der  
Sonderverwaltungszone  
77 Hongkong dafür einzusetzen, dass das Recht aller Menschen sich friedlich zu  
versammeln  
78 geschützt und geachtet wird und Menschen nicht allein aufgrund ihrer  
Beteiligung an  
79 friedlichen Versammlungen strafrechtlichen Sanktionen unterworfen werden;
  - 80 • die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der  
Sonderverwaltungszone  
81 Hongkong für eine unabhängige, unparteiische, effektive und zeitnahe  
Aufarbeitung der  
82 Polizeigewalt und dem zögerlichen Eingreifen der Polizei bei den gewalttätigen  
83 Übergriffen auf Protestierende in der U-Bahnstation Yuen Long West Rail am 21.  
Juli  
84 einzusetzen sowie dafür die Ergebnisse der Aufarbeitung öffentlich zugänglich zu  
85 machen;
  - 86 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der  
Sonderverwaltungszone  
87 Hongkong deutlich zu machen, dass das Vorgehen der Sicherheitskräfte  
verhältnismäßig  
88 und in Einklang mit den UN Grundprinzipien für die Anwendung von Gewalt und  
den

- 89 Gebrauch von Schusswaffen durch Vollzugsbeamte („UN Basic Principles on the  
90 Use of  
91 Force and Firearms by Law Enforcement Officials“) sein muss;
- 91 • die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der  
92 Sonderverwaltungszone  
93 Hongkong für eine systematische Reform einzusetzen, um eine direkte Wahl für  
94 das Amt  
95 des/der Regierungschef/in und zum Legislativrat einzuführen und ein Wahlsystem  
96 zu  
97 etablieren, das demokratisch, fair, offen und transparent ist und den Menschen  
98 der  
99 Sonderverwaltungszone Hongkong bei dem Verfahren zur Auswahl aller  
100 Führungspositionen  
101 ein aktives und ein passives Wahlrecht einräumt;
  - 97 • die Bundesregierung dazu auf, in Gesprächen mit der Regierung der  
98 Sonderverwaltungszone Hongkong für die Einsetzung einer unabhängigen  
99 Menschenrechtsinstitution zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte,  
100 im Einklang  
101 mit den Pariser Prinzipien, zu werben;
  - 101 • die Bundesregierung dazu auf, sich für ein friedliches Konfliktmanagement  
102 zwischen der  
103 Demokratiebewegung und der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong  
104 einzusetzen;
  - 103 • die Bundesregierung dazu auf, Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik  
104 China in  
105 allen politischen Dialogen mit chinesischen Behörden und  
106 Regierungsvertreter\*innen  
107 anzusprechen und die Regierung der Volksrepublik China an ihre völkerrechtliche  
108 Verpflichtung zur Einhaltung der britisch-chinesischen gemeinsamen Erklärung zu  
109 erinnern;
  - 108 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Volksrepublik China  
109 mit  
110 Nachdruck deutlich zu machen, dass die Achtung universeller Menschenrechte  
111 und  
112 völkerrechtlich verbindlicher Abkommen keine nationale Angelegenheit ist;
  - 111 • die Bundesregierung dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, demokratische und  
112 rechtstaatliche Institutionen in der Sonderverwaltungszone Hongkong zu fördern,  
113 beispielsweise durch das Format eines regelmäßigen Richteraustauschs;
  - 114 • die Bundesregierung dazu auf, geeignete Exportkontrollmechanismen und  
115 Ausfuhrkontrollen zu schaffen, um der Volksrepublik China und insbesondere der  
116 Sonderverwaltungszone Hongkong den Zugang zu Technologien zu verwehren,

- 117 die bei der  
Verletzung grundlegender Rechte zum Einsatz kommen;
- 118 • die europäische Kommission und das Europaparlament dazu auf, bei den  
119 bevorstehenden  
120 EU-China Konsultationen die Achtung der Menschenrechte zur Grundlage der  
Handelsbeziehungen zu machen;
- 121 • die Bundesregierung dazu auf, auf nationaler Ebene geeignete Möglichkeiten zu  
122 schaffen, um Einzelpersonen, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind,  
123 nach  
dem Vorbild des Magnitzky-Acts sanktionieren zu können;
- 124 • die Bundesregierung dazu auf, im Rat der europäischen Union auf die Umsetzung  
125 der  
Entschließung des Europaparlaments zu einer europäischen Regelung für  
126 Sanktionen bei  
127 Verstößen gegen die Menschenrechte hinzuwirken, damit Einzelpersonen, die an  
128 Menschenrechtsverletzung beteiligt sind, nach dem Vorbild des Magnitzky-Acts  
sanktioniert werden können;
- 129 • die Bundesregierung dazu auf, Versuche der Einflussnahme staatlicher  
130 chinesischer  
Stellen auf Demonstrationsfreiheit, Unversehrtheit der Demonstrierenden und  
131 freie  
Meinungsäußerung in Deutschland deutlich zu verurteilen, zu sanktionieren und  
132 geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um entsprechende Einflussnahmen zu  
133 unterbinden und  
die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland zu schützen und zu  
garantieren;
- 134 • alle Landesregierungen und die Bundesregierung dazu auf, die ihnen  
135 unterstehenden  
Sicherheitsbehörden bezüglich des Agierens chinesischer Agent\*innen in  
136 Deutschland zu  
sensibilisieren;
- 137 • alle Landesregierungen und die Bundesregierung dazu auf, die ihnen  
138 unterstehenden  
Sicherheitsbehörden anzuweisen, mit Nachdruck gegen durch ausländische  
139 Nachrichtendienste gesteuerte Versuche der Einschränkung von Versammlungs-  
und  
140 Meinungsfreiheit in Deutschland vorzugehen;
- 141 • die Bundesregierung dazu auf, gesetzgeberische Maßnahmen zu prüfen, um  
142 deutsche  
Unternehmen vor politischer Einflussnahme durch die Volksrepublik China zu  
schützen.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Hannah Marie Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Peter Heilrath (KV München); Michael Kellner (KV Berlin-Pankow); Jamila Schäfer (München KV); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Ssaman Mardi (KV Regensburg-Stadt); Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt); Reinhard Bütikofer (KV Berlin-Mitte); Danyal Bayaz (Kurpfalz-Hardt KV); Henrike Hahn (KV München); Heidi Schiller (KV München); Hermann Josef Brem (KV München); Dieter Janecek (KV München); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Maria Wißmiller (KV München); Tim Demisch (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Kristian Warnholz (Pinneberg KV); sowie 12 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.